

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.  
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.  
Fernsprecher: Nr. 8900.

Anzeigengebühr für die sechsgepaaltene Kolonelle:  
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.  
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme

### Die Entwicklung der Unternehmerverbände in der deutschen Metallindustrie

In den leitenden Kreisen der deutschen Gewerkschaftsbewegung hat man immer an der öffentlichen Berichterstattung über die Entwicklung der Zentralverbände festgehalten. Davon ist auch dann nicht abgesehen worden, wenn die Entwicklung stillstand oder wenn gar eine rückläufige Bewegung einsetzte, bei der es oft angebracht schien, aus Klugheit dem Gegner nicht allzu offen die Karten zu zeigen. Im Gegensatz dazu haben es die leitenden Personen der Unternehmerbewegung immer für müßlicher gehalten, möglichst wenig über die Tätigkeit der Unternehmerorganisationen zu veröffentlichen, so daß die Öffentlichkeit über Umfang und Verbreitung der deutschen Unternehmerverbände lange Zeit völlig im Unklaren war. Diese „Enthaltensamkeit“ wurde auch gegenüber staatlichen Behörden beobachtet. Darin hat sich in den letzten Jahren manches geändert, seit man in den maßgebenden Unternehmerkreisen wenigstens den Reichsbehörden die gewünschten Auskünfte nicht mehr vorenthält. So ist das reichsstatistische Amt in seiner Abteilung für Arbeiterstatistik seit einigen Jahren in der Lage, umfangreichere Berichte über Wesen, Umfang und Verbreitung der Unternehmerorganisationen zu veröffentlichen. Ein solcher Bericht ist auch in letzter Zeit trotz des Weltkrieges erschienen und so weiteres über die Unternehmerorganisationen bekanntgemacht.

Bei diesen Erhebungen unterscheidet die Reichsbehörde die Unternehmerorganisationen in vier Gruppen, je nachdem sich diese befassen:

1. mit allgemeinen wirtschaftspolitischen Fragen,
2. mit allgemeinen sozialpolitischen Fragen,
3. mit der Regelung bestimmter geschäftlicher Interessen (Regelung von Erzeugung, Absatz oder Preisen: Kartelle),
4. mit der Wahrung der besonderen Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern (Regelung der konkreten Arbeitsverhältnisse, besonders der Arbeitslöhne und der Arbeitszeiten).

Unter diesen Gruppen kommt für die vorliegende Erhebung nur die Gruppe 4 in Frage, also der Teil der Unternehmervereinigungen, der sich vorwiegend oder ausschließlich mit der Regelung der Arbeitsverhältnisse und der Abwehr der „Angriffe“ der Arbeiterorganisationen befaßt. Diese Organisationen sind die eigentlichen Unternehmerverbände, gegründet als Kampforganisationen mit dem ausschließlichen Zweck der Niederhaltung und Zurückdrängung der Arbeiterbewegung. Zu diesen reinen Unternehmerverbänden mußten dann noch bei den Erhebungen solche Verbände einbezogen werden, die sich zunächst mit wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Fragen beschäftigen, zur anderweitigen Wahrnehmung von Unternehmerangelegenheiten aber „reinen Unternehmerverbänden“ angeschlossen sind. Die erfaßten Verbände sind nach dem Sonderheft entzweielt:

- a) reine Arbeitgeberverbände oder
- b) Verbände, bei denen die Behandlung von besonderen Arbeiterfragen einen Teil der Aufgaben ausmacht, oder endlich
- c) Verbände, die zum Zwecke der Erlebigung solcher Fragen Oberverbänden, und zwar solchen zu a und b angeschlossen, sonst aber als wirtschaftliche oder allgemein-sozialpolitische Verbände anzusehen sind.

Dann wird bei der Verarbeitung der gewonnenen Auskünfte noch unterschieden zwischen selbständigen (a) und angeschlossenen (b) Verbänden. Als selbständige werden die Verbände gerechnet, die innerhalb einer Berufsgruppe einem andern Verbande nicht angeschlossen sind. Ist aber beispielsweise ein Kupferschmiede- oder Schloßmeisterverband als Ortsverband einem Metallindustriellenverband angeschlossen, so wird ersterer als angeschlossener (b) Verband, letzterer als selbständiger (a) Verband in der Gruppe „Metallarbeiter“ gezählt.

Die Unternehmerverbände sind nach Berufsgruppen gegliedert in Reichs-, Landes- und Bezirks- und in Ortsverbände. Aus den nachfolgenden Zusammenstellungen ergibt sich die Entwicklung der von den Erhebungen erfaßten Verbände nach der Zahl, beruflichen und örtlichen Verbreitung. Es wurden jeweils bei den Erhebungen festgestellt:

	Reichsverbände	Landes- oder Bezirksverbände	Ortsverbände	Zusammen
Anfang 1914	121	509	3040	3670
= 1913	111	511	2809	3431
= 1912	103	461	2521	3085
= 1911	93	474	2361	2928

Die Zahl der Unternehmerverbände betrug bei der ersten Erhebung im Jahre 1909 2592. Die Steigerung beträgt in dem fünfjährigen Zeitabschnitt 1078 = 41,6 vom Hundert. Die Entwicklung der Unternehmerorganisationen kommt noch mehr zur Geltung bei einer Gegenüberstellung der Mitgliederzahlen und der bei diesen Mitgliedern beschäftigten Arbeiter. Es wurden ermittelt:

bei der Erhebung für	Mitglieder	beschäftigte Arbeiter
Anfang 1914	167 673	484 1217
= 1913	145 207	464 1361
= 1912	132 485	437 8275
= 1911	127 424	402 7440

Die ermittelten Arbeiterzahlen stellen nach Ausschreibung der Doppelzählungen jeweils den Durchschnittsbestand des dem Berichtsjahr vorausgegangenen Jahres dar, so daß beispielsweise die Arbeiterzahl für Anfang 1914 den Durchschnitt der beschäftigten Arbeiter im Jahre 1913 wiedergibt. Es ist aber nicht allein die zahlenmäßige Ausdehnung der Unternehmerorganisationen, die eine fortschreitende Machtentwicklung anzeigt, dazu führt noch viel mehr die dauernd geförderte Zentralisation innerhalb der bestehenden Organisationen.

Einen „wichtigen Markstein“ in der Entwicklung der Arbeitgeberverbände“ nennt mit vollem Recht das 11. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt die im Jahre 1913 erfolgte Gründung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Den fortgesetzten Bemühungen der leitenden Personen ist es in diesem Jahre

gelingen, die bis dahin mehr aus wirtschaftlichen Gegensätzen auseinanderstrebenden großen Zentralen: „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ und die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ durch diese Gründung unter einen Hut zu bringen. Dieser neuen Zentrale sind allein 58 094 Mitglieder angeschlossen, die rund 2 276 000 Arbeiter beschäftigen. Die nächste Folge dieses Zusammenschlusses war eine nicht minder umfangreiche Zusammenfassung der bestehenden Streikentschädigungsvereine, auf die wir an anderer Stelle zurückkommen werden.

Die größte Aufmerksamkeit werden die Leser der Metallarbeiter-Zeitung natürlich den Unternehmerorganisationen in der Metallindustrie entgegenbringen. Die Gliederung dieser Berufsgruppe erfolgt ebenfalls in Reichs-, Landes-, Bezirks- und Ortsverbände. Es wurden gezählt:

	Reichsverbände	Landes- und Bezirksverbände	Ortsverbände	Zusammen
Anfang 1914	20	63	295	383
= 1913	20	73	260	353
= 1912	19	66	209	294
= 1911	16	96	71	183
= 1910	16	80	72	168

Auch bei diesen Verbänden kommt die Bedeutung erst richtig in der Zahl der Mitglieder und noch mehr in der Zahl der bei diesen beschäftigten Arbeiter zum Ausdruck. In den einzelnen Jahren wurden ermittelt:

bei der Erhebung für	Mitglieder	beschäftigte Arbeiter
Anfang 1914	16 374	953 693
= 1913	14 783	838 683
= 1912	13 752	796 288
= 1911	13 258	749 886
= 1910	12 938	754 310

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die bei den Mitgliedern dieser Verbände festgestellt wurden, zeigt, wie mächtig der Gedanke der Unternehmervereinigung in der Metallindustrie fortgeschritten ist. Es ergibt sich aus ihnen aber weiter, daß vor allem die größeren und großen Unternehmer dieser Gewerbegebiete heute restlos organisiert sind.

In der folgenden Zusammenstellung werden die Reichsverbände und deren Mitgliederzahlen einzeln, die Mitgliederzahlen der Landes- und Ortsverbände summarisch aufgeführt. Unterschieden werden dabei selbständige (a) und angeschlossene (b) Verbände. Die Mitglieder- und Arbeiterzahlen der angeschlossenen Verbände sind in Schrägschrift gedruckt.

1. Reichsverbände:		Mitglieder	Arbeiter	
Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, Berlin a	rund 2360	rund 539 000		
Verband deutscher Eisenwerke, Düsseldorf b	576	74 000		
Verband der Flugzeugwerke Deutschl., Hamburg b	105	3 000		
Verband d. Kupferschmiedereien Deutschl., Hannover b	774	1 864		
Arbeitgeberverband deutscher Senfentwirtsch., Köln b	11	520		
Vereinigung der weißblechverarbeitenden Industrie Deutschlands, Berlin a	51	5 000		
Gruppe der Blechdruckereien, Berlin b	14	400		
Verband der Drahtindustriellen Deutschlands, Berlin a	46	?		
Verband der Elektrotechn. Installationsfirmen, Frankfurt a	rund 1 000	rund 50 000		
Verband selbständiger Installateure, Klempner und Kupferschmiede, Düsseldorf b	?	?		
Verband deutsch. Klempner- u. Installateure, Leipzig a	5 420	rund 10 000		
Vereinigung von Arbeitgebern der Edelmetallindustrie und verwandter Zweige, Pforzheim a	587	31 736		
Arbeitgeberverband deutsch. Waggonfabriken, Berlin a	16	rund 16 000		
Schuhverband für das Wagenbauwerkzeug Berlin a	824	2 685		
Verband deutscher Kinderwagenfabrikanten, Berlin a	32	6 000		
Arbeitgeberverband der Schloßereien und verwandter Gewerbe, Berlin a	884	9 200		
Zentralverband der Holzfirmer Deutschl., Berlin a	114	1 190		
Zentralverband deutsch. Zentralheizungsindustrieller, Berlin a	165	2 500		
Schuhverband deutscher Maschinenbauindustrieller, Berlin a	60	1 000		
Verband der Orgelbauer, Deutschlands, Stuttgart a	52	400		
	a	2 210	228 049	
	b	3 273	275 916	
	a	3 343	102 821	
	b	5 767	239 360	

Zu den einzelnen Verbänden ist noch zu bemerken: Die bisher getrennt geführte Gruppe deutscher Seeschiffswerften mit 26 Mitgliedern und rund 60 000 Arbeitern ist ausgegliedert, weil sie nach einer Mitteilung nicht mehr bestehen soll. Diese mächtigste Unternehmergruppe hat damit natürlich nicht aufgehört, sondern hat eben die Organisationsform geändert. Die Arbeiterzahl des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller ist im Jahre 1914 um rund 60 000 höher angegeben als im Vorjahre und dürfte deshalb die Zahlen der bisherigen Gruppe deutscher Seeschiffswerften enthalten. Die Arbeiterzahl des Verbandes der Kupferschmiedereien enthält nur die getrennten Arbeiter. Die Gruppe der Blechdruckereien ist nur eine Fachgruppe in der Vereinigung der weißblechverarbeitenden Industrie; die Arbeiter dieser Gruppe sind Lithographen und Stein-drucker. Neu aufgeführt im letzten Berichtsjahr ist der Zentralverband deutscher Zentralheizungsindustrieller mit dem Sitz in Berlin. Unter den Reichsverbänden der Metallindustrie ist der mächtigste der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller, der ja den Metallarbeitern recht gut bekannt ist. Im 8. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt wird dazu gesagt: „Der Kern der Arbeiterorganisationen in der Metallindustrie ist der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in Berlin mit 2366 Mitgliedern und 484 000\* beschäftigten Arbeitern im Jahre 1912; er bildet das Gegenstück zu dem Metallarbeiter-Verband auf der Arbeiterseite.“

Von den Bezirks- und Landesverbänden der Metallindustriellen sind die wichtigsten folgende:

Name	Sitz
Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestl. Gruppe des Verbandes deutscher Eisen- und Stahlindustrieller	Düsseldorf
Verband Bayerischer Metallindustrieller	Hannover
Chemischer Bezirksverband deutscher Metallindustrieller	Chemnitz

\* Diese die ihm angegliederte Fachgruppe deutscher Seeschiffswerften.

Name	Sitz
Verband der Metallindustriellen Badens, der Pfalz usw.	Mannheim
Verband der Metallindustriellen in Württemberg	Stuttgart
Verein der Metallindustriellen der Provinz Hannover	Hannover
Verband der Metallindustriellen in Magdeburg und Ung.	Magdeburg
der Kreishauptmannschaft	
Dresden	Dresden
Verband der Uhrenindustrie und verwandte Berufe des Schwarzwalbes	Hofweil

Ueber die Gründungszeit der einzelnen Reichs-, Landes-, Bezirks- und Ortsverbände der Gewerbegruppe Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw.\* unterrichtet die anschließende Zusammenstellung. Es wurden Verbände gegründet:

	von 1900 bis 1904	von 1905 bis 1909	von 1910 bis 1913
Reichsverbände	6	3	2
Landes- u. Bezirksverbände	27	12	6
Ortsverbände	44	17	16

Von 5 Landes- und 162 Ortsverbänden fehlen die Angaben. Schon ein oberflächlicher Vergleich dieser Zahlen zeigt, daß die Mehrzahl der Unternehmerverbände nach 1900, also in der Zeit der größten Entwicklung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gegründet wurden. Bei der Verarbeitung der gewonnenen Zahlenangaben wurden auch Versuche gemacht, das Organisationsverhältnis der Arbeiter und der Unternehmer zu ermitteln. Zu diesem Zweck sind die erhaltenen Zahlen der bei den Unternehmern beschäftigten Arbeiter mit den Zahlen der organisierten Arbeiter und den bei der Berufszählung 1907 erfaßten c-Personen einander gegenübergestellt worden. In der letzten Begründung dieses Teils der Veröffentlichung wird hervorgehoben, daß dieser Versuch nur in groben Umrissen ein Bild von den beiderseitigen Organisationsverhältnissen gibt. Zunächst ist die Berichterstattung der Unternehmerorganisationen noch recht mangelhaft. Dazu kommt, daß bei den Zahlen der Arbeiterorganisationen die berufliche Gliederung mehrmals versagt hat. Dasselbe trifft natürlich auch auf die nachstehend ausgezogenen Zahlen für die Organisationsverhältnisse in der Metallindustrie zu.

Es ist dabei besonders zu beachten, daß eine größere Zahl organisierter Metallarbeiter Gewerkschaften angeschlossen ist, die hierbei nicht berücksichtigt wurden und daß gerade bei den Organisationen der Metallindustriellen teilweise recht mangelhaft berichtet worden ist. Es beträgt die Zahl der

Jahr	gewerkschaftlich organisierten	bei den Unternehmern erfaßten Arbeiter	durch die Berufszählung 1907 erfaßten c-Personen
1911	627 312	796 298	1 694 111
1912	657 433	838 683	1 694 111
1913	638 655	953 693	1 694 111

Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter setzt sich aus folgenden Verbänden zusammen: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Kupferschmiederverband und Verband der Schiffszimmerer, ferner dem Gewerbeverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter und dem christlichen Metallarbeiterverband.

In den Sonderheften zum Reichsarbeitsblatt wird außerdem das durch die Erhebungen gewonnene Zahlenmaterial nach Bundesstaaten, Landesteilen und Provinzen eingeteilt. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die oben wiedergegebene summarische Zusammenstellung zu erweitern auf einer Grundlage, die teilweise der Bezirkseinteilung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes entspricht. Da uns die gleiche Zahlenzusammenstellung der bei der Berufszählung 1907 erfaßten Metallarbeiter zur Verfügung steht, ergibt sich über das Organisationsverhältnis in den einzelnen Bundesstaaten und Provinzen folgendes Bild. Es beträgt die Zahl der

Bundesstaaten und Provinzen	organisierten Metallarbeiter	bei den Unternehmern erfaßten Arbeiter	bei der Berufszählung 1907 erfaßten Metallarbeiter
Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz	20 125	29 608	97 864
Schlesien	21 148	22 669	89 361
Brandenburg, einschließlich Berlin	112 100	144 200	221 149
Königreich Sachsen und Sachsen-Altenburg	91 902	78 284	184 936
Provinz Sachsen, Hannover, mitteldeutsche Fürstentümer	78 898	68 909	196 098
Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck	58 891	61 101	90 937
Rheinland-Westfalen und Fürstentum Vorpommern	80 421	278 411	338 625
Hessen-Nassau und Großherzogtum Hessen	29 357	25 711	88 434
Württemberg, Baden und bayerische Pfalz	51 150	90 256	177 452
Königreich Bayern, rechtsrheinisch	47 516	39 430	114 400
Elb-Lothringen	3 708	551	37 697

Auch auf diese Zahlen trifft zu, daß dieser Versuch einer Feststellung über das beiderseitige Organisationsverhältnis noch recht mangelhaft ist. Vollwertiges könnte hier wie in anderen Dingen nur durch amtliche Zwangserhebungen gewonnen werden. Zu beachten ist zunächst, daß in den Zahlen der organisierten Metallarbeiter die Mitgliederzahlen des christlichen Metallarbeiterverbandes fehlen. Auch bei den Zahlen aus den Unternehmerorganisationen ist teilweise recht mangelhaft berichtet worden, so daß irgend welche Schlussfolgerungen in einzelnen Gebieten nicht gezogen werden können.

Trotzdem selbst nach den amtlichen Feststellungen das durch die Erhebungen gewonnene Material viel zu wünschen übrig läßt, ist doch eine bisher recht fühlbare Lücke ausgefüllt worden, die nicht zuletzt auch in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft empfunden wurde. Da die Mängel der Erhebung von Jahr zu Jahr ausgemerzt werden, so ist zu hoffen, daß diese amtliche Erhebung mit der Zeit ein wirklich zutreffendes Bild der Organisationsentwicklung der beiden wichtigen Teile im deutschen Wirtschaftsleben geben und so zur Bereicherung der volkswirtschaftlichen Erkenntnis beitragen wird.

Wer niemals im Kampfe gestanden,  
Wird nimmer als Sieger geehrt;  
Wer nie in Versuchung geraten,  
Hat nie seine Tugend bewährt.



Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16a, zu adressieren.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 31. Juli 1915 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- Wahren 30 M. Altenburg 3000. Altwasser 500. Annaberg 200. Apolda 300. Arnstadt 600. Arnswalde 50. Aischersleben 800. Barzen-Eiberfeld 3000. Baunzen 1000. Bergedorf 700. Berlin 28 997,65. Bernburg 800. Biberach 100. Bischofsmerda 200. Bitterfeld 587,80. Bocholtz 50. Bochum 2000. Bodolitz 1200. Braunschweig 5000. Bremervorben 8000. Breslau 15 000. Brieg 100. Bromberg 175. Brunsbüttelhaven 200. Bunzlau 200. Burgstädt 300. Celle 250. Chemnitz 15 000. Cuxhaven 300. Darmstadt 1000. Delmenhorst 200. Döbeln 600. Dresden 20 000. Düsseldorf 3000. Ebersbach 317,69. Eberstadt 160. Eilenburg 300. Eifenach 2000. Elbing 1800. Eßleben 500. Emden 600. Emmerich 50. Erfurt 2200. Erlangen 500. Essen 46,30. Eßlingen 8000. Forchheim 100. Franzenberg 200. Frankfurt/alt 2800. Freiberg i. S. 600. Freiberg i. Schl. 300. Friedrichshafen 800. Fülstina 15 000. Gardelegen 95,51. Geesthacht 300. Gießen 200. Glauchau 400. Glogau 100. Goldlauter 600. Gommern 34,70. Goslar 150. Göttingen 340. Grimma 200. Großschönau 350. Gröna 200. Grünberg 50. Gunzenhausen 110,97. Güstrow 200. Halberstadt 600. Halle 3000. Hamburg 53 000. Hameln 1100. Hannover 401,90. Hainau 100. Heilbronn 2400. Hennigsdorf 500. Herford 200. Herbrunn 700. Hildesheim 800. Hirschberg 200. Hof 270. Hohenstein 400. Höhr-Grenzhausen 60. Ilmenau 100. Ingolstadt 600. Jena 4000. Kaiserlautern 600. Kamenz 190. Karlsruhe 1000. Kitzbühel 100. Kaufbeuren 50. Kirchheim 150. Koblenz 175. Köstlin 100. Rastatt 1000. Krefeld 200. Künzlin 100. Landsberg a. L. 300. Lauenburg 70. Laupheim 70. Leer 400. Leisnig 200. Leutkirch 100. Liegnitz 400. Limbach 2281,57. Lindau 150. Löbau 80. Lörrach 100. Lübeck 3000. Lütz 100. Magdeburg 10 000. Meißner 2000. Meitama 70. Meiningen 50. Meuselwitz 350. Mühlhausen i. Th. 300. München-Glabbech 800. Münster 35. Naumburg 200. Neugersdorf 500. Neumarkt 100. Neumünster 600. Neufalz 50. Neustadt a. S. 1000. Neuwied 250. Nürnberg 32 537,10. Nürtingen 75. Oberndorf 600. Oberstein 400. Oederan 150. Offenburg 50. Oggersheim 400. Ohrdruf 100. Opladen 400. Oranienburg 200. Oßchersleben 200. Palawall 150. Passau 50. Pirmasens 104,40. Plethenberg 300. Pöhlstedt 350. Pries 2400. Reichenbach 400. Reichenhall 100. Remscheid 8500. Roplau 400. Rosßwein 400. Sangerhausen 800. St. Georgen 200. Singen 500. Solingen 5000. Sommerda 600. Sorau 150. Speyer 800. Schmalkalden 700. Schmiedberg 600. Schmöln 300. Schneidemühl 500. Schönebeck 800. Schöningen 300. Schramberg 600. Schwarzenbach 119,40. Schwanditz 500. Schweinfurt 8000. Schwanau 400. Schwiebus 120. Stargard 80. Staffort 700. Steinbach 60. Stendal 120. Stuttgart 7000. Tangermünde 400. Torgelow 800. Traunstein 100. Trier 100. Tübingen 150. Uedermünde 200. Uelzen 100. Urberach 250. Usterlen 200. Warel 800. Weßhau 150. Wiblingen 100. Waiblingen 400. Waltershausen 500. Werba 1150. Wolfenbüttel 500. Wolgast 100. Würzburg 500. Wurzen 800. Zeitz 492. Zorge 1000. Zweibrücken 600. Einzelmitglieder der Hauptkasse 200. Ersparbücher 32. Sonstige Einnahmen 49,94 M.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Empfänger von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten.

Berichte

Metallarbeiter.

Hamburg. Ein schlagfertiger Unternehmer ist Herr Nielsen, in Firma Nielsen & v. Lübbe, Altona, Polmaille 27. Wiederholt haben in diesem Betriebe Unzufriedenheiten stattgefunden. Vor ganz kurzer Zeit haben sämtliche Arbeiter deswegen den Betrieb verlassen. Da zurzeit ein Mangel an geübten Arbeitern besteht, hat die Firma auch Arbeiterinnen eingestellt. Trotz des guten Geschäftes, das bei Heereslieferungen gemacht wird, hat sich die Firma nicht getraut, den Arbeiterinnen bei elftündiger Nachtarbeit 20 S. die Stunde zu zahlen. Eine Arbeiterin erhielt für 44 Nachtstunden 8,44 M. ausbezahlt. Obwohl in der Arbeitsordnung vorgesehen ist, daß bei Nachtarbeit 20 Prozent Zuschlag zum Lohne gezahlt werden, weigerte sich die Firma trotzdem, den Arbeiterinnen diesen Zuschlag zu zahlen. Da die Arbeiterinnen dieselbe Arbeit verrichten mußten wie die Arbeiter, verlangten sie auch die Festsetzung der Akkordpreise in derselben Höhe, wie sie für die Arbeiter vorgesehen waren. Als Antwort gab die Firma dem Meister den Auftrag, die Akkordtabelle wegzunehmen und auch die für die Arbeiter bis jetzt gezahlten Akkordpreise herabzusetzen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen verlangten jedoch, daß die Akkordpreise einheitliche sein müßten und daß keine Kürzung vorgenommen werden solle. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, stellte der Meister den Betrieb ab, was für die Arbeiter und Arbeiterinnen doch nichts weiter bedeutete, als: wer nicht so wie die Firma will, kann gehen. Die Organisationsleitung versuchte eine Einigung herbeizuführen, was jedoch an dem Starrsinn des Firmenvertreters scheiterte. Bezeichnend für den Grad des Patriotismus dieses Herrn ist folgender Ausspruch zu den Organisationsvertretern: „Sobiel Anteresse habe ich fürs Vaterland denn doch nicht, daß ich Geld zulege, damit ein anderer es einsteckt.“ Nachdem den Arbeitern und Arbeiterinnen der Nachtarbeit dieselbe Behandlung zuteil wurde wie der Tagarbeit, versuchte der Organisationsvertreter mit einer Kommission bei der Firma nochmals um Verhandlung nach. Herr Nielsen ließ durch seinen Meister der Kommission mitteilen, daß er nicht mehr gewillt sei, zu verhandeln. Damit war für die Arbeiter und Arbeiterinnen die Sache erledigt und sie holten ihre Entlassungspapiere. Dies löste eine große Gereiztheit bei Herrn Nielsen aus, die er gleich darauf an seiner Kontoristin, einem 16-jährigen Mädchen, ausließ, die, nachdem sie von Herrn Nielsen eine Ohrfeige erhalten hatte, weinend in das Lokal kam, in dem die Arbeiter antwortend waren, und unter Tränen erklärte, daß er sie beschuldigen habe, weil sie eine ihr übertragene Arbeit noch nicht verrichtet hatte. Hierauf habe sie erwidert: „Alles kann ich doch nicht machen.“ (Bemerkte sei, daß das Mädchen allein ist.) Darauf sagte Herr Nielsen: „Was, du willst auch noch rebellisch werden, ich treibe dir es aus,“ holte aus und wollte ihr einen Schlag auf den Kopf versetzen, da sie aber, um den Schlag abzuwehren, sich auf die Seite neigte, traf er sie am Oberarm. Die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen waren aufs äußerste empört über diese Handlungsweise. Hoffentlich macht der Vater des Mädchens ihm an anderer Stelle klar, daß, wenn er glaubt, sich an seinen Arbeitern geüßert zu haben, er seinen Zorn nicht an einem wehrlosen und an der Sache unschuldigen Mädchen ausläßt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen tun daher gut, wenn sie den Betrieb von Nielsen & v. Lübbe meiden, sonst laufen sie Gefahr, daß ihnen Herr Nielsen mit schlagenden Beweisen seine Meinung beibringt.

Magdeburg. Am 1. August fand hier die ordentliche Mitgliederversammlung statt. Sie ehrte zunächst die seit der letzten Versammlung 42 gefallenen und 15 gestorbenen Mitglieder. Den Geschäftsbereich erstattete Brandes: Die Verwaltung habe ununterbrochen gearbeitet, um die außerordentlich verteuerte Lebenshaltung durch Lohn- oder Verdienstaufbesserungen auszugleichen. Eine stattliche Liste von Erfolgen sei aufzuweisen. Sie sind nicht immer glatt erreicht worden. Wiederholt bedurfte es der ernstesten Vorstellungen. Was bleibt noch genug zu tun übrig. Bezeichnend sei die Tatsache,

daß noch immer der Kampf gegen Preisherabsetzungen und für anständige Preise geführt werden müsse. Abgleich jeder Tag neue Beweise bringe, welche hohe Gewinne das Unternehmertum gerade in dieser Kriegszeit erziele. Die Verwertung habe vom Verband der Metallindustriellen aber auch die Regelung der in der Kriegszeit eingetretenen langen Arbeitszeit dringend gefordert. Die seit vielen Monaten übliche Arbeitsleistung führe zu schweren gesundheitlichen und familiären Schädigungen. Die Arbeitszeit für Frauen dürfe nicht länger als acht Stunden sein; für Männer und Frauen müsse die Sonntagsarbeit wegfallen, gegen die immer stärker werdender Widerwille bestehe. Auch sei die Wiedereinführung des Sonnabendfrühstückes möglich und notwendig zur körperlichen und geistigen Erholung der Leute, soweit sie nicht in dreischichtigen Betrieben (zu je acht Stunden) arbeiten. In der Mehrzahl der Betriebe seien die letzten beiden Forderungen übrigens erfüllt; es müsse auch bei dem Rest geschehen, in welchem allerdings viele Tausende Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Eine noch bessere Verteilung der Aufträge auf die einzelnen Abteilungen in den Großbetrieben oder auf die übrigen Betriebe sei um so erwünschlicher, als hier und da Arbeitsmangel eingetreten sei. Die Arbeitslohnzahl steige. Die Verwaltung habe schließlich auf möglichste Wiedereinführung der höheren Leistungen in den Zwangsarbeitsbetrieben, die für die Metallindustrie und Metallgewerbe in Betracht kommen, hingewirkt. Erfolge sind auch dabei erreicht. Von den 10 100 Mitgliedern unserer Verwaltungstelle zu Beginn des Krieges sind bis zum 1. Juli 5142 eingezogen worden. 203 sind davon bisher als gefallen gemeldet. Unsere Mitgliederzahl von 6400 sei verhältnismäßig gut, sie könne aber höher sein, wenn jedes Mitglied seine Pflicht erfülle, den Verband zu stärken. Die Besprechung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Vertiefung der Arbeitszeit, ferner mit einem Antrag Wilhelmstadt, die Zusammenfassung der Generalversammlung betreffend, der jedoch zurückgezogen wurde. Ferner beschäftigte man sich mit einem Urteil des Gewerbegerichts, betreffend Ueberstundenbezahlung bei Krupp. Die Delegierten Hum, Zeising und Brandes gaben sodann einen gedrängten Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Gegen wenige Stimmen wurde beschlossen: „Die Generalversammlung kann sich von der Richtigkeit des Beschlusses über die Staffelbeiträge nicht überzeugen, wie sie auch den Beschluß über die Krankenunterstützung für keinen glücklichen hält. Sie wird aber die Beschlüsse der höchsten Vertretung der Gesamtmittelglieder in bester Weise durchzuführen. Die Generalversammlung erklärt sich mit der Stellungnahme des Verbandstages in Sachen der Presse einverstanden.“ Mit der Aufforderung an die Mitglieder, sich zahlreich für die Arbeiter der Arbeiterbewegung zur Verfügung zu stellen, schloß der Vorsitzende die Generalversammlung.

Solingen. Zur Generalversammlung. Diejenigen, die meinten, wegen der großen Zahl von Kollegen, die im Schützengraben seien, sei es jetzt nicht angebracht, eine Generalversammlung abzuhalten, mögen zu den „Enttäuschten“ zu rechnen sein, aber nicht zu denen, in deren Namen Kollege S. Brandt (Wiesfeld) in Nr. 31 zu sprechen meint. Diese Kollegen werden den Ausdruck eines Kollegen auf dem Verbandstage, der sagte, daß man nicht immer am Statut herumdoßern solle, nicht als der Weisheit letzten Schluß betrachten. Es wäre eine Pflichtverletzung von den Daheimgebliebenen gewesen, wenn sie diese Zeit in der Organisation auf der Väterhaut verlaufen lassen. Die Staffellung der Beiträge mag für die Mehrzahl der Kollegen eine Ueberraschung bereitet haben, aber deswegen enttäuscht zu sein, haben sie keine Berechtigung. Abgesehen davon, daß die Form der Staffellung immer eine Streitfrage sein kann, ist es aber für jeden Kollegen, der berufen ist, über das Wohl und Wehe der Kollegen mit der Organisation zu beraten, die Pflicht, die große Warnungstafel am politischen und wirtschaftlichen Horizont, die in dieser Zeit für die Arbeiter besonders mit deutlichen Lettern hervorhebt: „Halte euch gerüstet für die Zukunft“, zu beachten und auch danach zu handeln. Ob nun die Erwartungen eintreffen, kann keiner feststellen, sei er Anhänger oder Gegner der Staffellung. Sicher ist aber, daß der Weg für die minderentlohneten Metallarbeiter doch nun zum Teil so geebnet ist, daß der Agitator der Organisation unter der Staffellung besser an diese heran kann als unter den jetzigen Verhältnissen. Offenlich ist dem Wiesfelder Kollegen bekannt, daß der Organisator der Organisation nur dann praktisch für eine Besserung der Lage dieser Arbeiter eintreten kann, wenn er sie in der Organisation hat. Großen Dank wird aber der Verbandstag von den Kollegen ernten, welche im Felde stehen, da diese jede Minute in der Gefahr stehen, zu den Kriegsbeschädigten gerechnet zu werden. Es hieße den bürgerlichen Staat in seiner Art verkennen, wollte man sich der Hoffnung hingeben, daß die Tausende und Abertausende Kriegsbeschädigten, alle, trotz Rente und aller Kriegsbeschädigtenfürsorge, nach dem Kriege verhältnismäßig wieder in ihre frühere Lebenslage versetzt würden. Sie verfügen nicht mehr über ihre volle Arbeitskraft und was dieses heißt in einer kapitalistischen Produktionswirtschaft, wissen wir doch alle. Diese Kollegen werden es der Organisation zu danken wissen, daß es ihnen ermöglicht worden ist, einer ihnen aus Herz getragenen Stelle auch weiterhin angehören zu können. Als bedeutungsvolle Kundgebung des Verbandstages ist wohl zu betrachten, daß dieser sich einmütig zu den Anregungen und Forderungen des Kollegen Schilde, welche dieser in seinem Referat: „Soziale Aufgaben während des Krieges und die Gewerkschaften“, aufstellte, bekannte, indem er einmütig beschloß, dieses Referat in Broschürenform den Kollegen zugänglich zu machen. Daß die Aussprache auf dem Verbandstage über unser Verbandsorgan in den Kreisen der Kollegenschaft auf günstigen Boden gefallen ist, zeigt die Ruhe, mit welcher diese hier am Orte aufgenommen worden ist. Rag der Antrag Haas, welcher zum Beschluß erhoben worden ist, auch von der Seite, die es angeht, als kauschulartig hingestellt werden. Sicher ist aber, daß, wenn der gute Wille weiterhin die Triebfeder ist, neuer Jüdischaff von unserem Verbandsleben ferngehalten wird. Paul Kaiser.

Bohrleger.

Berlin. Arbeitsnachweisbericht für Juli 1915.

Table with 5 columns: Beruf, Arbeitslos waren am 1. Juli 1915, Arbeitslos waren bis zum 31. Juli 1915, In Arbeit waren am 1. Juli 1915, Arbeitslos waren noch am 31. Juli 1915. Rows include Gas- u. Wasser-Bohrleger, Helfer, Heizung-Monteurs, Helfer, and Zusammen.

Werftarbeiter.

Bremen. Wie in Hamburg, so hatten auch in Bremen die Werften eine allgemeine Feuerungszulage abgelehnt. Sie verdröben aber, von Fall zu Fall gruppenweise Zulagen zu gewähren. Die Arbeitergesellschaft „Weser“ hat in den letzten Monaten dem größten Teil der Arbeiter eine geringe Zulage von 1 und 2 S. die Stunde gewährt. Auch ist der Akkordverdienst in den meisten Werften etwas höher geworden. Lohn und Akkordverdienst reichen aber nicht annähernd aus, um die in Bremen gestiegenen Lebensmittelpreise einigermaßen auszugleichen. Die auf den Werften gezahlten Anfangs- oder Einstellungslohne sind auch während der Kriegszeit als zu niedrig zu bezeichnen, so daß eine Reihe von gelehrten Arbeitern es trotz „Schützengraben“ sehr oft vorzog, die Bremer Werften zu verlassen. Löhne für Dreher von 16 bis 53 S., Verdienste von 55 bis 75 S. in Ausnahmefällen bis 80 S., sind sicherlich nicht verlockend. Jedemfalls verdienen die Dreher in anderen Betrieben zurzeit bedeutend mehr. Keutlich liegt es bei den Schloßern im Maschinenbau. Auch hier werden viel zu niedrige Löhne bezahlt. Jüngerer Leuten werden Maschinenchlosser mit 47, 44, 45 S. usw. eingestellt. Der Verdienst schwankt zwischen 60 und 85 S. Solche Verdienste werden aber nur von Älteren und guten Schloßern erreicht. Die Masse der Schlasser bleibt weit darunter. Schmeichlich, wenigstens nicht viel besser, liegt es in den meisten anderen Berufen. — Auf den Atlas-

merken haben eine Reihe von Arbeitern auch Zulagen erhalten. Diese bewegten sich auch hier meistens zwischen 2 und 3 S. Verschiedene Arbeiter, die keinen Akkordverdienst haben, bekamen auch 4 S. Es sollen auch höhere Zulagen gewährt worden sein wie 6 S. usw., aber nur an die „Gelben“. Etwas ganz Genaues konnten wir aber nicht in Erfahrung bringen. Die Fragebogen, die der Feststellung der jetzt gezahlten Löhne und des Verdienstes dienen sollten, sind leider nur mangelhaft ausgefüllt worden, so daß sie kein genaues Bild abgeben haben. Viele Kollegen haben sich wegen der Beobachtung der gelben Hauptlinge einschüchtern lassen, wozu natürlich gar kein Grund vorlag. Unsere Mitglieder zu befragen, was sie in der jetzigen Zeit verdienen, werden wir uns nicht nehmen lassen trotz Lindemann, Dietrichs usw. Darüber können sich die Gelben um so weniger beschweren, da für sie ja alles im Bureau der Atlaswerke gemacht wird, sei es Versammlungsabstimmung oder Mitteilung über billige Fische, Butter und vor allem große Kartoffeln. Wenn sich einige unserer Kollegen auch schon von dem Geruch dieser gelben Einkäufe verleiten lassen, so ist das nur zu bedauern. Welchen Einfluß die Gelben ausüben, müssen die Arbeiter doch zur Genüge bei der Bearbeitung der Granaten erfahren haben. In seiner Werkstatt in Bremen ist dabei so geschützt worden wie auf den Atlaswerken. Da die Militärverwaltung die Granaten sehr gut bezahlt, hätte man erwarten können, daß auch die Arbeiter auskömmliche Preise bekämen. Mit der Stoppuhr in der Tasche wurde umhergeschlichen und die Arbeit auf eine Minute berechnet, so daß geradezu jämmerliche Preise herausgekommen sind. 50, 60 Prozent und noch weniger wird auf den Atlaswerken bezahlt wie in anderen Betrieben, deren 14 hier Granaten anfertigen. Da die Arbeiter, geführt auf die gelbe Hilfe, unterliegen, sich bei der zuständigen Organisation zu erkundigen, was in anderen Betrieben verdient wurde, mußte eine suchbare Schützerei eintreten, um wenigstens etwas mehr wie sonst üblich zu verdienen. 10 1/2 Stunden den Tag mußte man ohne Umsehen, oft ohne einmal die Notdurft verrichten zu können, wühlen, um den Verdienst zu erreichen, der in verschiedenen Betrieben im Lohn bezahlt wurde. Jedenfalls wird diese schmerz, schmutzige und gewinnbringende Arbeit auf den Atlaswerken am schlechtesten bezahlt. Die Arbeiter können sich dafür bei den Gelben bedanken. Außer den Hauptlingen wie Lindemann, die den Tag in der Bude umherstolzieren und nur wenig zu tun brauchen, müssen die anderen Arbeiter furchtbar draufloswürgen, um einigermaßen zu verdienen. Wer bekanntlich auch einer der ersten, der zurückkam, weil er reklamiert wurde, er war als Arbeitsmann nicht zu erfassen. Es sind noch mehrere solche wunderbare Fälle. Hierüber wollen wir aber die Entscheidung der Militärverwaltung überlassen. Jedenfalls hat die letzte Statistik bewiesen, daß weder die Stundenlöhne noch der Verdienst sich während der letzten Kriegszeit wesentlich erhöht haben, obwohl die Leistung bedeutend zugenommen hat. Auch beweisen die Einstellungslohne, daß die Betriebsleitung schon stark damit rechnet, daß die Gelben mit dafür sorgen sollen, damit die Löhne nicht höher, sondern niedriger werden. Wir können deshalb die Arbeiter nur warnen, sich nicht ins Schlepptau der Gelben nehmen zu lassen. Wie bisher, wird auch künftig der Deutsche Metallarbeiter-Verband der beste Schutzwall gegen jeden Lohnbruch sein.

Rundschau

Verbandstag und Metallarbeiter-Zeitung.

Berichtigung. Zu seinen Ausführungen in der vorigen Nummer schreibt Kollege Ziegler (Heilbronn) uns folgendes: „In dem Artikel ‚Verbandstag und Metallarbeiter-Zeitung‘ ist im Absatz 4, Zeile 11, 12 und 13 ein Satz, der durch das Fehlen des Wörtchens ‚nur‘ das Gegenteil von dem besagt, was er soll. Es muß heißen: Je besser die Organisation, desto günstiger die Lage der Arbeiter. Das trifft nicht nur auf die einzelnen Völker zu, sondern auf jeden Ort, auf jeden Betrieb, auf jeden Beruf.“

Seid so freundlich und berichtigt diesen von mir selbst beschuldeten Fehler.“

Internationaler Gewerkschaftsbund.

In den Nummern 18 und 20 berichteten wir von den Anregungen, den Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes nach Bern zu verlegen. Die Anregung dazu ging von englischen und französischen Gewerkschaften aus. Da aber deren Wünsche allein doch nicht maßgebend sein können, andererseits der internationale Gewerkschaftssekretär, Genosse Legien, keineswegs an dem Ehrenamt klebt, so war dieser bereit, den Posten niederzulegen, wenn dies auf einer ordnungsmäßigen Zusammenkunft der verschiedenen Landesgewerkschaftsbünde beschloßen würde. Die Verbindung mit den ausländischen Gewerkschaftszentralen vermittelte Genosse Dudgeess in Amsterdam in seiner Eigenschaft als Sekretär des niederländischen Gewerkschaftsbundes. Im April kam Legien mit Dudgeess dahin überein, daß der niederländische Gewerkschaftsbund den britischen Gewerkschaftssekretär Appleton zu einer Besprechung mit den holländischen Genossen einlade. Sollte eine solche nicht möglich sein, so würden die Niederländer so rasch wie möglich eine internationale Konferenz ausgeschrieben. Am 10. Mai sandte Appleton eine Antwort, deren Schlusssätze folgenden merkwürdigen Wortlaut hatten:

Selbst wenn der eine oder andere Vertreter bereit wäre, den Gefahren trotz zu bieten, wäre es doch zwecklos, unsere Leute aufzufordern, einer solchen Konferenz zuzustimmen. Wollte ich es möglich, beide Dinge in Deutschland oder in den skandinavischen Ländern zu tun, in Großbritannien und Frankreich jedoch besteht eine wirklich demokratische Kontrolle und der Besuch einer Konferenz in der jetzigen Zeit würde eine Verletzung des Gefühlis eines Volkes sein, das nicht allein von Abbeu erfüllt, sondern auch fest entschlossen ist, zu strafen. Ich werde die betreffende Korrespondenz mit meinem Verband besprechen, bin jedoch überzeugt, daß die Antwort im Augenblick ‚nein‘ lauten wird.“

Das Entgegenkommen Legiens ist also von den Engländern schlecht gelohnt worden. Was Appleton von der „wirklich demokratischen Kontrolle“ sagt, ist nur eine Ausrede, denn in Großbritannien ist immer unsere Beobachtung und sonstige Kenntnis reich, bei der Nation so gut wie gar keine Teilnahme an den internationalen Zusammenkünften der Arbeiterbewegung vorhanden. Inzwischen haben die Schweizer Genossen, in deren Hände der Franzose Zoubaud und der Engländer Appleton das internationale Sekretariat verlegt wissen wollten, selber abgewinkt, indem sie antworteten, daß sie nicht über die für eine solche Aufgabe nötigen Kräfte verfügen und es überdies als eine Kränkung der Deutschen ansehen würden, die sich stets so viele Opfer für die internationale Bewegung aufzulegen hätten. — Es wird also vorläufig so bleiben, wie es ist.

Berufsfürsorge für Kriegsbeschädigte.

Auf Anregung der Handelskammer zu Heidelberg und nach Verständigung mit dem Hauptausschuß der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat der Präsidium des Deutschen Handelstages folgenden Aufruf erlassen:

„An Deutschlands Arbeitgeber! Volk und Regierung sind einig in dem Bemühen der heiligen Verpflichtung, denen, die im Kampfe für die Sicherheit und Ehre unseres Vaterlandes eine dauernde Beeinträchtigung ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit erlitten haben, eine so hoch wie möglich zu beweisende Entschädigung aus öffentlichen Mitteln zu gewähren. Daneben geht aber das nicht minder wichtige Bestreben, den Kriegsinvaliden in dem erreichbaren Maße zur Verwertung der ihnen verbliebenen Arbeitskraft zu verhelfen. Dahin zielen die mancherlei Maßnahmen und Einrichtungen, um durch zweckmäßigen Erfolg vermittelte Gliedmaßen eine gewisse Leistungsfähigkeit wiederherzustellen oder den durch körperliche Beschädigungen an der Ausübung ihres bisherigen Berufs Verhinderten ein Umlernen und Einlernen in neue Tätigkeitsgebiete zu ermöglichen. So nützlich und wertvoll solche Fürsorge ist, so kann es doch nicht gelingen, allen Kriegsinvaliden auch nur für bestimmte Berufe eine normale Beschäftigung wiederzugewinnen, und

# Vom Ausland

## Schweiz.

**Von der Uhrenindustrie.** In Deutschland und besonders im Gebiet der großen Schmuckwarenindustrie, in Pforzheim ufm., scheint man Anstrengungen zu machen, die Taschenuhrenindustrie einzuführen und damit die bisherige industrielle Tätigkeit zu erweitern oder für etwa verloren gehende Absatzgebiete der Schmuckwarenindustrie vollwertigen Ersatz zu finden. Gegen diese Bestrebungen an sich kann selbstverständlich nichts eingewendet werden, da überall die Gewerbebetriebe bestehen und die Schmuckwarenfabrikanten in Pforzheim ufm. es sich ebenfalls gefallen lassen müßten, wenn umgekehrt die Unternehmer der schweizerischen Uhrenindustrie aus ähnlichen Gründen zur Einführung der Schmuckwarenindustrie übergehen wollten. Immerhin ist es trotz alledem begreiflich, daß die Nachrichten über diese Vorgänge in Deutschland im Gebiet der schweizerischen Uhrenindustrie einige Aufregung verursachen. Der Bericht lautet: „Am 17. Mai versammelte sich in Pforzheim der Kreditorenverein für die Gold-, Silberwaren- und Uhrenindustrie. Dies ist keine gewöhnliche Versammlung, denn sie zählte am letzten 15. Mai 1005 Mitglieder und umfaßt die größten Geschäfte des Kaiserreiches auf dem Gebiete der Schmuckwaren- und Uhrenindustrie. Es scheint, daß in der erwähnten Versammlung viel von der Schweiz die Rede war. Gewichtige Uhrenindustrielle (es werden deren Namen genannt) wiesen darauf hin, daß man der Schweiz die Machtstellung, welche sie in der Uhrenmacherei besitzt, entreißen müsse. Man sprach davon, durch alle möglichen Mittel eine Einwanderung guter schweizerischer Uhrenmacher nach Deutschland zu veranlassen und schließlich zählte der Präsident Stöckler die bereits getroffenen Maßnahmen auf, um die Uhrenindustrie nach Deutschland zu verpflanzen. Letzterer fügte noch bei, daß man sehr leicht die Uhrenindustrie nach Pforzheim verpflanzen könne, wenn man die Regierung veranlasse, die Einfuhr schweizerischer Uhren mit Prohibition oder wenigstens so hohen Schutzzöllen zu belegen, daß jede Konkurrenz auf dem deutschen Markt unmöglich gemacht werde. Ein anderer Redner zitierte einige interessante Fälle, welche zeigen, mit welcher heimtückischen Hartnäckigkeit man daran arbeitet, uns um eine unserer wichtigsten nationalen Industrien zu bringen.“

Und es wird dann von der schweizerischen Presse dazu bemerkt, daß es gelte, den Anfängen zu wehren: „Wenn es sich darum handelt, die Positionen der neuen Handelsverträge zu besprechen, wird die Schweiz, welche jährlich für mehr als eine halbe Milliarde deutsche Waren kauft, auch ihr Wort zu sagen haben. Vorläufig handelt es sich darum, ein wachsameres Auge auf Versuche von Einstellungen schweizerischer Arbeiter zu halten und sich auf einen gewaltigen Kampf in der Uhrenindustrie gefaßt zu machen.“

Das beste Mittel, die Auswanderung schweizerischer Uhrenarbeiter nach Deutschland und damit die Verpflanzung der Uhrenindustrie in unser Nachbarland zu verhindern, dürfte unstreitig die fortschreitende Verbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und namentlich die ungehemmte Achtung des Vereinigungsrechtes der Arbeiter sein. In dieser Beziehung sieht es besonders immer in Grenzen und Wettläch (am sogenannten Leberberg im Kanton Solothurn) sehr unbefriedigend aus, wie auch die kürzlich in der „Neuen freien Zeitung“ im Urtel gemachte Feststellung beweist, daß nach übereinstimmendem Urteil von Arbeitern und Unternehmern nur an den genannten Orten Lohnstrafen vorkamen. Der „Leberberg“ ist ja auch den Metall- und Uhrenarbeitern in Deutschland anlässlich der großen Auswanderung von 2000 Uhrenarbeitern anfangs 1914 sehr unheimlich bekannt geworden. Im erwähnten Blatte heißt es dann weiter, daß allerdings auch in den anderen Gebieten der Uhrenindustrie die Arbeiter in der Kriegszeit weniger verdienten als in regelmäßiger Zeit. Dieser Minderdienst rührte aber ausschließlich von einer Minderbeschäftigung her, denn es ist klar, daß auch die Unternehmer für eine Beschäftigung von zwei oder vier Tagen die Höhe des Lohns nicht für sechs Tage bezahlen konnten. Im ganzen bernischen und neuchâtelischen Jura sind in der Uhrenindustrie weder Prozentabzüge noch Preisrücklagen vorgenommen worden. Das Verdienst der Arbeiter bei voller Beschäftigung 10 bis 50 Prozent vom Lohn abgezweigt oder die Preise um einen entsprechenden Betrag gesenkt zu haben und dies heute noch zu tun, gebührt einzig und allein den Herren Industriellen im Leberberg, allen voran natürlich die tüftelnden Uhrenfabrikanten von Grenzen und Wettläch. Dies müßte hier gesagt werden, weil es der beste Beweis ist, daß die Uhrenindustrie diese schwere Zeit auch ohne Abzüge hätte überleben können. Allein, da der Zeitpunkt günstig, so war eben Nehmen rentabler als Geben! Wie immer. Aber diese kapitalistische Lohnpolitik hat sich manchmal an ihren Urhebern auch schon gezeigt.

In der kapitalistischen Neuen Züricher Zeitung wird in Zusammenhang mit den Lohnrücklagen in der Uhrenindustrie die Preisrücklagen gebührend, die in der Schweiz zu der gleichen Zeit getrieben sind, da man in Deutschland die Preise um 15 Prozent in die Höhe schraubte, offenbar im Uhrhandel und für billiger eingekaufte Waren, also ein glänzendes Geschäft machte.

In gleichen Maße wird eine sehr ausführliche und unterrichtende Uebersicht über die Lage der schweizerischen Uhrenindustrie im Jahre 1914 und über ihre Aussichten für die Zukunft gegeben. Am schmerzlichen wurde durch den Krieg die Golduhrenfabrikation getroffen, während die Herstellung billigerer Uhren in beweglicher Anpassung an die veränderten Umstände besser dazurück war. Es gilt dies besonders von der meist in Lederriemen getragenen Armbanduhr in Silber- oder Metallgehäuse und mit leuchtendem Zifferblatt, die sich in den Armeen aller Länder stets wachsender Beliebtheit erfreute. So ging zur Herstellung solcher billiger Uhren auch die Golduhrenindustrie in Chaux-de-Fonds, ihrem Hauptort, über und ist auf sie auch die steigende schweizerische Uhrenaufuhr der letzten Monate zurückzuführen. In Biel, wo die billigen Uhren hauptsächlich hergestellt werden, wärmt sich die Beschäftigung allmählich wieder regelmäßigen Zeiten.

Das die Ausfichten der schweizerischen Uhrenindustrie betrifft, so wird in Industriellenkreisen ebenfalls die Einführung neuer Fabrikationen besprochen, solche verwandter Metallgewerbe, wie die der Präzisionsinstrumente, der Banduhren zc. Mit den Banduhren steht besonders Deutschland an erster Stelle, während sie in der Schweiz erst an drei Orten, in Grenchen, Angenäs und Montigny, offenbar nur in geringen Mengen, hergestellt werden. Deutschland soll da mit der billigen Herstellung der Goldgehäuse wachsendes Interesse sein. Die Zukunft der schweizerischen Uhrenindustrie wird von den beteiligten Unternehmern verschieden beurteilt. Die Neue Züricher Zeitung ist mit „ruhiger Zuversicht“ erfüllt, aber mit der Voraussetzung des festen Zusammenhanges der Uhrenindustriellen. Noch viel notwendiger ist es für die Arbeiter, was immer für alle Fälle, was sich die Zukunft der Industrie gestaltet, wie immer.

## Frankreich.

Wie zu erwarten war, bestrich die französische Presse die von uns in Nummer 22 der Metallarbeiter-Zeitung veröffentlichten Forderungen über die Ermäßigung des französischen Importzolls während der ersten sechs Monate 1915. Die Humanität vom 30. Juli veröffentlichte dazu einen langen Leitartikel, der in bewegenden Worten die schon seit nun Monaten immer wiederholte Forderung nach Ermäßigung der Darlehenszinsen und Ermäßigung einer nationalen Arbeitsbeschäftigungspolizei noch einmal bringt. Aber auch dieser Ruf wird wohl ebenso ungehört verhallen wie die früheren. Einflußreiche Kreise erkennen die schwierige wirtschaftliche Lage. In der Deputiertenkammer und im Senat erklärte Herr Ribot, Frankreichs Finanzminister, daß das wirtschaftliche Leben nur angeregt werden könne, wenn die Zinsen der Darlehenszinsen, das Verleihen von Kreditschüssen an das Ausland bei gleichzeitiger Ermäßigung der französischen Importzölle angesetzt werden, daß ein nationales Volk nicht von fremden Krediten, sondern nur von der immer neuen Wertschöpfung Arbeit lebe, und daß das Geld, das Frankreich jetzt für Kriegsbedarf an das Ausland zahlt, im Lande bleiben müsse. Nach einem

dann die von allseitigem Beifall unterbrochene Rede beendet ist, dann glaubt die Regierung, auch etwas getan zu haben und läßt befriedigt den alten Zustand des Fortwärtens weiterbestehen bis zur nächsten, allgemeinen Beifall findenden neuen Rede. Unterdessen bleiben fast eine Million Arbeiter ohne Arbeit, verweigert der Senat die notwendigen Mittel zur Schaffung der Arbeitsbeschäftigungspolizei und erklärt die Regierung den Handwerklern und Industriellen, daß ihr die Schaffung von Darlehenszinsen gegenwärtig äußerst schwierig sei und deren Verwirklichung erst nach Kriegsende abgewartet zu erwarten sei.

Frankreich führte an Nahrungsmitteln und Fertigwaren (Kriegsbedarf siehe Nummer 30 der Metallarbeiter-Zeitung) im Januar und Februar je für rund 3 Millionen ein, für 32 Millionen im März, für 101 Millionen im April, für 47 Millionen im Mai und für 103 Millionen im Juni. Dieser Goldabfluß bedeutet für die französische Volkswirtschaft einen glatten Verlust, der auf die Dauer den französischen Kredit erheblich schädigen wird. Der französische Finanzminister Ribot erklärte am 25. Juni in der Deputiertenkammer zu dieser Sachlage nach dem Journal officiel folgendes: „Es ist notwendig, daß wir uns nach Möglichkeit bemühen, die unermesslichen Einkäufe zu beschränken, die wir im Ausland machen. ... Dies würde für unser Land nicht nur eine Ersparnis bedeuten, da wir das Geld, das wir ausgeben, in Frankreich behalten könnten anstatt es auszuführen, sondern wir würden auch nicht dazu beitragen, den Tag für Tag die Wechselkurschwierigkeiten zu erhöhen, die heute so schwer auf uns lasten. Man darf darin nicht ein Anzeichen der Herabminderung unseres Kredits sehen, denn Sie können feststellen, daß überall dort, wo wir nicht diese unermesslichen Einkäufe zu machen und zu bezahlen haben, sich unser Kredit erhöht. Es gibt keine Kreditbeschwerden, sondern einfach nur Zahlungsschwierigkeiten. Ich glaube, daß wir diese in einem gewissen Grade verringern können, wenn, entsprechend dem Wunsche, den die Budgetkommission ausgesprochen hat, und für den ich ihr danke, wir die Sache so einrichten, daß wir selbst erzeugen, daß wir unseren Arbeitern mehr Arbeit und unseren Unternehmern mehr Aufträge geben. Dies ist ein Wunsch, den ich von dieser Stelle aus spreche, mich anschließend dem Wunsche der Haushaltskommission.“

Dazu bemerkt die Humanität: „Was wäre anzudeuten bei diesen so richtigen und fröhlichen Worten, wenn sie nicht den Fehler hätten — nichts als Worte zu sein.“ Und sie führt dabei an, daß zum Beispiel die Werte, die vor sechs Monaten auf Paris in der Schweiz noch mit 104 Frs. bezahlt wurden, heute nur noch mit 95,50 Frs. bezahlt werden. Und daß man nicht mit Worten, und wenn sie noch so wunderbar seien, und nicht durch Wünsche, die auf anderen Wünschen aufgebaut sind, sondern nur durch Handlungen, und zwar durch sofortige und durchgreifende den Kurs wieder erhöhen könne. Aber die Humanität zweifelt selbst daran, daß diese Handlungen folgen werden, und nach den bisherigen Erfahrungen wird sie wohl kaum durch die kommenden Ereignisse widerlegt werden.

Ueber die Stellungnahme der Metallarbeiter zu dem Rundschreiben betreffend die Militarisierung der Arbeiter für Kriegsbedarf ist noch nichts veröffentlicht worden. Aus den bekanntgegebenen Sitzungen des „Aktionskomitees“ geht aber hervor, daß der französische Metallarbeiterverband sich in irgend einer Weise dagegen rührt. Auf Einladung dieses Komitees, das aus Vertretern von Partei und Gewerkschaften besteht, fand zwischen den Vertretern des Metallarbeiterverbandes und dem Genossen Albert Thomas, Unterstaatssekretär für Munition, eine Aussprache statt über dieses Rundschreiben und die Folgen der Militarisierung der Privatindustrie. Ueber das Ergebnis dieser Aussprache schweigt sich die Presse jedoch wiederum aus.

## Eingegangene Druckschriften

In freien Stunden — ein neuer Halbjahresband. Der Schatz guter Erzählungsbücher, den die Buchhandlung Vorwärts seit Jahren für das arbeitende Volk herrichtet, hat sich um ein neues Stück vermehrt: Ueber 600 Seiten stark liegt ein neuer Band der von Brezgang geleiteten Wochenschrift In freien Stunden abgeschlossen vor, der 37. Halbjahresband. Der Band enthält den großen geschichtlichen Roman aus dem deutschen Bauernkriege 1525: „Um die Freiheit“ von Robert Schweißel; reich mit Bildern geschmückt von Josef Damberger. Außerdem fand eine Reihe anderer Erzählungen darin Aufnahme, von denen wir nennen: „Gemeinstopf“, Novelle von Leo Kollst; „Das Wein“ von Heinrich Höpffe; „Der verwundete Rheinländer“ von Dr. Gotthoff; „Undankbarkeit“, eine Fabel von Abraham a Sancta Clara; „Der Vater“, Novelle von Guy de Maupassant und vieles andere. Und wer nach unterhaltendem Scherz verlangt, findet ebenfalls reichlich Stoff in diesem Bande. Wir freuen uns dieser Gabe, die den Büchereien im Verein und Haus willkommen sein mag. Sie ist ein Schmuck innen und außen und damit hoffentlich ein guter Werber auch für die Wochenschrift. Der Band kostet auf gutem Papier gedruckt, in Leinen gebunden 4 M., der Halbfanzband 5 M. Die Wochenschrift In freien Stunden kostet 10 S. das Heft. Alle Buchhandlungen halten den Band vorräthig und nehmen Bestellungen auf die Zeitschrift entgegen. Von der im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden Romanbibliothek In freien Stunden, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk, ist ferner das erste Heft des zweiten Halbjahres 1915 erschienen. Es enthält den fesselnden Zola'schen Roman „Das Geld“, reich mit Bildern versehen von Max Fabian. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 S. Bestellungen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen oder beim Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin SW. 68.

## Verbands-Anzeigen

- Mitglieder-Versammlungen.**  
In allen Versammlungen werden Mitglieder augen.)  
Samstag, 28. August:  
Augsburg. Gesellschaftsbrauerei, 8.  
München. Herzog Christian, halbes  
Bosen (Gatzungsmont.) Zoro, 8 Uhr.  
Weimar. Volkshaus, halbes 9 Uhr.  
Sonntag, 29. August:  
Gellertsch. Baer. Vredentrock, 3/4.  
Saarbrücken (Gellertsch.) Gewerksch., 10.  
Dienstag, 31. August:  
Hannover (Wausch.) Gewerksch., 7/9.
- Gestorben.**  
Bremen. Ditto Krieger, Schloß-  
str. 31 Jahre (118).  
— Frau Margarethe Wehling (119).
- Bremerhaven.** Heinrich Niemeyer,  
Schmied, 50 Jahre (120).  
— Johann Janßen, Schiffzimmer-  
mann, 26 Jahre (121).  
— Ludwig Jähn, Reffelschmied (122).  
— Wilhelm Conrad, Schmied (123).  
**Chemnitz.** Jakob Ludwig,  
Klempner, 37 Jahre, Lungentum-  
oren. Martha Dörfer, 36 Jahre.  
**Kriegsh.** Ludwig Jozawietzki,  
35 Jahre.  
**Zutlingen.** Wilhelm Kühneisen,  
Gärtler, 38 Jahre, Tuberkulose.  
— Alfons Seifried, Instrumenten-  
macher, 20 Jahre, Tuberkulose.  
— Theodor Kolb, Metallarbeiter,  
34 Jahre, Rippenfellentzündung.  
— Gottfried Martin, Schmied, 56 J.,  
Magenleiden.  
**Zeitz.** Hermann Winkler, 70 Jahre,  
Darmliden.

## Sonstige Anzeigen

- für eine Ueberlandzentrale werden sofort 2-3 militärische, im Haus und Betrieb von Hoch- und Niederpannungsfreileitungen erfahrene Monteur gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen sind zu richten an: Elektrische Ueberlandzentrale Kreis Salzwedel, c. G. m. b. H., Salzwedel, Bischofstr. 33.
- Zum sofortigen Eintritt suchen wir: 1 tüchtigen Arbeiter für Senzore, 1 tüchtigen Kupferer, 1 tüchtigen Korarbeiter. Bewerbungen nimmt das Stadtbauamt entgegen.  
Respektiva, den 12. August 1915.  
Der Magistrat.
- Das Hof-Konplaboratorium stellt sofort 5 Werkzeugeinsteller, 2 Instrumenteneinsteller, 4 geübte Tischbeleger und 2 gelernte Tischfräser bei lohnender Beschäftigung ein. Meldung von Bewerbern im Hauptlaboratorium Jugostr. 1 a. D.
- Druck und Verlag von Alexander Schlick & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rüststraße 16 B.

allends werden für eine längere oder längere Uebergangszeit ihre Leistungen hinter denen anderer Personen notwendig zurückbleiben. Hier erweist den deutschen Unternehmern eine besondere und dringende Aufgabe. Sie werden es sich angelegen sein lassen müssen, solche Kriegsinvaliden und verminderte Arbeitsfähigkeit und nach Maßgabe derselben, soweit wie möglich in ihren Betrieben zu beschäftigen und bei der Anstellung sogar vor anderen Bewerbern zu berücksichtigen. Auf diese Weise zu betrauen, daß die noch vorhandene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unserer Kriegsinvaliden sowohl zugunsten der Betroffenen selbst wie für die Gesamtheit praktisch nutzbar wird, ist eine erste Pflicht der deutschen Arbeitgeber, eine Pflicht gegenüber den Vätern, die mit für sie geblüht und gelitten haben, eine Pflicht auch gegenüber dem Vaterlande, das mehr denn je jetzt und in Zukunft der Erhaltung und Heranziehung aller Kräfte eines Volkes bedarf. Deutscher Handelstag. Der Präsident: gen. Hr. Raempff.

Wir wollen wünschen, daß dieser Aufruf recht fleißig befolgt werde und daß man nicht versuche, die Kriegsbeschädigten zur Lohnrücherei zu mißbrauchen.

## Krieg und Frieden auf dem britischen Genossenschaftstag.

In der vorigen Nummer (Seite 142) brachten wir eine auf dem britischen Genossenschaftstag gefallene Aeußerung gegen die „taufliche Arbeit des Kaisers und seiner mordbrüderigen Gunnen“ ufm. Diese Ausführungen hatte Mr. W. S. Douie in seiner Eröffnungsrede gemacht. Nach dem Vorwärts (Nummer 216 vom 7. August) hat auf diesem Genossenschaftstag ein Unterhausmitglied namens Aneurin Williams eine Rede gehalten, worin er als die erste und wesentlichste Bedingung für den Fortschritt der internationalen Genossenschaftsbewegung den Frieden bezeichnet. Die Genossenschaftsbewegung sei stets für den Frieden eingetreten. Der Redner erinnerte daran, daß vor noch nicht zwei Jahren der letzte internationale Genossenschaftskongress in Glasgow eine Kundgebung zugunsten des Friedens veranstaltet habe. Bei dieser Gelegenheit habe einer der größten britischen Genossenschaftsführer unter anhaltendem Jubel ausgerufen: „Wir wollen nie mit Deutschland kämpfen!“ Nach dem Vorwärts fuhr der Redner dann wörtlich fort:

„Das war kein Wahnsinn, mag auch ein unglückliches Geschick unsere Hoffnungen zum Scheitern gebracht haben. Es war die wahre Quintessenz und das Lebensblut internationalen Genossenschaftswesens. Sobald dieser Krieg erfolgreich vorüber sein wird, müssen wir dorthin zurückkehren.“

Nach derselben Quelle meinte der Redner weiter, daß die freundschaftlichen Bewegungen in Großbritannien, Frankreich und bei deren Verbündeten fortzuwirken werden. Dasselbe werde wohl auch in Deutschland und Oesterreich geschehen. Der internationale Genossenschaftsverband sei aber ein weltweites Werk“ gemeint und er zweifle nicht, daß es möglich sein werde, „es so fortzuführen und die Bewegungen der Länder, die jetzt im Kriege miteinander sind, in ihrer Gemeinschaft zu bewahren.“ Ein französischer Genossenschaftler habe dem Redner unlängst gesagt, daß der Verband vielleicht die größte Hoffnung auf gegenseitige Annäherung der europäischen Demokratie nach diesem Kriege darstelle.“ Er habe — ebenso wie der Redner — gedacht, „daß der Verband eine weise Politik verfolgt hat, indem er keine Minute vergaß, daß er eine internationale Körperschaft ist, und — als Verband — in keinem Streit oder Konflikt zwischen den Nationen Partei nehmen darf.“ Nach dem Kriege sei es nötig, die Genossenschaften der ganzen Welt, die selbst nicht gelitten haben, aufzurufen, die Hunderte Vereine wiederherzustellen, die Schaden gelitten haben oder in manchen Ländern vollkommen vernichtet sind.“ Der Redner sprach sich dann noch für Reisen von Genossenschaftlern nach anderen Ländern und für internationale Kongresse aus. Das alles müsse „mit mehr Eifer und Freut und mit höheren Forderungen und weiteren Gesichtspunkten als vor dem Kriege getan werden.“

Nach dem Vorwärts haben die 1500 Kongreßteilnehmer dieser „höchst bemerkenswerten“ Rede allgemeinen Beifall gefunden. Beim Abschluß unserer vorigen Nummer war diese Friedensrede uns noch nicht bekannt. Damit sich aber niemand unruhig ansetzt, holen wir hiermit ihren Gedankengang nach. Wenn man diesen aber genauer ansieht, so wird man sehen, daß Mr. Williams sich nicht so sehr in Widerspruch zum Mr. Douie gesetzt hat, wie man nach oberflächlichem Zusehen meinen könnte. Nach dem eigenen Bericht des Vorwärts hat der Redner gemeint, „sobald dieser Krieg erfolgreich vorüber sein werde, müsse man sich von neuem für den Frieden einsetzen und „nie mit Deutschland kämpfen“. „Erfolgreich“ soll in diesem Falle doch nichts anderes heißen als „für England erfolgreich“. Darunter versteht man jenseits des Kanals nichts anderes als die Niederlage und wirtschaftliche Schwächung Deutschlands, wenn schließlich auch nicht jeder Engländer mit den Vernichtungsplänen der Grey und Bonarrien einverstanden ist. Nachher, wenn Deutschland am Boden liegt, dann wird auch Mr. Williams für die Erneuerung des Gelübdes eintreten: „Wir wollen nie mit Deutschland kämpfen!“ — bis auf weiteres. Der Vorwärts bringt es fertig, zu dieser Rede zu bemerken: „Hoffentlich teilen auch die Mitglieder der nicht-englischen Genossenschaften die auf dem Kongreß ausgesprochene Ansicht.“ Nach Wortlaut und Sinn dieses Satzes sind damit ebenfalls die deutschen Genossenschaftsmitglieder gemeint. Auch diese sind sicherlich in der großen Mehrheit für die friedliche Beendigung des Krieges und schnelle Wiederhernahme der friedlichen Beziehungen zwischen den Völkern. Nichtsdestoweniger wagen wir zu behaupten, daß die Rede des Mr. Williams so unbedeutend schlußend werden, wie es der Vorwärts tut.

Bei dieser Gelegenheit mag noch eine andere, vom britischen Genossenschaftstag beschlossene Kundgebung erwähnt werden, die folgendermaßen lautet:

„Der Kongreß spricht seinen Abscheu aus gegen das kriegerische Gemetzel, das jetzt in ganz Europa vor sich geht. Er erklärt ausdrücklich seine tiefe Verachtung für das Verbrechen, das gegen Belgien begangen ist, und die Verletzung der Gebote der Menschlichkeit durch die deutsche Regierung. Er betont, daß kein Frieden annehmbar oder von Dauer sein kann, der nicht mindestens zunächst die Beseitigung des belgischen Gebiets von dem Feinde und seiner die künftige Sicherheit vor der Bedrohung durch den Militarismus gewährleistet. Er gibt ferner der Hoffnung Ausdruck, daß so schnell wie möglich Friedensgespräche zwischen uns für die Erreichung eines internationalen Verständnisses zur Durchsetzung des allgemeinen Völkerrechts und Aufrechterhaltung des Rechts der kleinen Nationen.“

## Über angebrachte Wohltätigkeit.

Was gemeint, aber unterständig und in seinen Sätzen bedächtig ist das „Krautier“ unserer in die Heimat zurückgekehrten verwundeten und kranken Krieger, das bei Standpunkt vielfach von Freunden und Bekannten oder von Wohlthätigern geübt wird. Es führt leicht zu Unzufriedenheit, ja zum Haß, besonders bei solchen, die infolge von Krankheit oder langer Entbehrung den Gräfen des Lebens verhältnismäßig leicht unterliegen. Unlauterer Eitelkeiten, Ausprägungen und Hoffnungen werden oft die unangenehme Folge. Dazu kommt, daß die Genuß- und Bewußtsein durch reichlichen und häufigen Mißbrauch nicht befreit, sondern nur erstickt und verlangsamt wird; ist doch der Mensch neben seinen anderen wichtigsten Mitteln als der große Ueberflüssiger erkannt. Vergehens ist verzeihende Genüßsamkeit haben sich genügt gefehlt, mit Kräfte Kräfte gegen jeden Mißbrauch einzusetzen. Selbst Verzeihungen gehen sich mehrfach verweigert, daß durch Ansehen an die Unzufriedenheit zu erwecken. In der Tat, man kann das unglückliche Schicksal auf andere und bessere Art eine Freude machen in menschlicher Weise. Könnte dies allgemein befolgt werden!